

Weisung des Stadtrats von Zürich an den Gemeinderat

vom 20. März 2013

Motion der SP-Fraktion, SVP-Fraktion und der Grüne-Fraktion betreffend Erlass eines Reglements über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen, Bericht und Abschreibung

Am 7. April 2010 reichten die SP-, SVP- und Grüne-Fraktion folgende Motion, GR Nr. 2010/153, ein, welche dem Stadtrat am 9. Juni 2010 zur Prüfung überwiesen wurde:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage für den Erlass eines Reglements über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen zu unterbreiten. Das Reglement soll insbesondere folgende Punkte berücksichtigen:

- Als städtische Vertretungen gelten sowohl Organmitglieder, die vom Stadtrat abgeordnet werden, als auch Organmitglieder, die auf Vorschlag des Stadtrats vom zuständigen Organ gewählt werden.
- Die Vertreterinnen und Vertreter informieren den Stadtrat vor ihrer Wahl umfassend über ihre Interessenbindungen. Die Angaben stehen den Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderats zur Einsicht offen.
- Die Vertreterinnen und Vertreter informieren die vorgesetzte Stelle umgehend und soweit als möglich im Voraus schriftlich über neu eintretende Interessenkonflikte sowie über neue Interessenbindungen.
- Für städtische Angestellte und Behördenmitglieder (inkl. ehemalige Stadtratsmitglieder) endet die Abordnung mit ihrem Ausscheiden aus städtischen Diensten.
- Die Vertreterinnen und Vertreter informieren die vorgesetzte Stelle wenn immer nötig, mindestens aber jährlich in schriftlicher Form über alle wesentlichen Entwicklungen bei der Drittinstitution sowie über die Zusammensetzung der Organe und Anteilseigner mit mehr als 5% des Kapitals oder der Stimmen. Die Berichte stehen der Geschäftsprüfungskommission und der Rechnungsprüfungskommission des Gemeinderats zur Einsicht offen.
- Findet die Tätigkeit der Vertreterinnen und Vertreter ausserhalb der Arbeitszeit statt und wird von der Drittinstitution nicht entschädigt, wird sie durch die Stadt separat entschädigt. Die Ansätze dieser Entschädigung sind einheitlich festzulegen.
- Vertreterinnen und Vertreter, die von der Drittinstitution entschädigt werden, sind verpflichtet, Entschädigungen und Erfolgsvergütungen jeder Form offen zu legen. Erfolgsvergütungen sind vollständig der Stadtkasse abzuliefern. Ebenfalls vollständig abzuliefern sind Entschädigungen einer Drittinstitution, wenn die Mandats-tätigkeit innerhalb der bezahlten Arbeitszeit verrichtet wird. Findet die Tätigkeit ausserhalb der bezahlten Arbeitszeit statt, kann die Vertreterin bzw. der Vertreter Entschädigungen bis zu einem Maximalbetrag von 20'000 Franken behalten. Bei mehreren Mandaten gilt der Ansatz für die gesamthaften Entschädigungen.

Begründung

Gemäss Gemeindeordnung kann der Gemeinderat Verordnungen von allgemeiner Wichtigkeit erlassen. Da die mit Weisung 296 (GR Nr. 2008/436) erarbeitete Verordnung aufgrund eines nicht korrigierbaren Versehens bei der Schlussabstimmung nicht in Kraft treten konnte, besteht weiterhin ein dringender Bedarf nach einer Regelung der Abordnungen, die für die Öffentlichkeit transparent ist. Die Untersuchung ewz-Swisspower der GPK hatte gezeigt, dass bezüglich Abordnung, Kontrolle, Vermeidung von problematischen personellen Verflechtungen und Interessenkonflikten in privaten Firmen, an denen die Stadt Zürich beteiligt ist, ein erheblicher Handlungsbedarf besteht.

1. Ausgangslage

Der Gemeinderat verwarf in der abschliessenden Beratung vom 17. März 2010 die bereinigte Vorlage des Stadtrats für eine Verordnung über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen (VVD, Motion GR 2008/436). Bei diesem Gemeinderatsbeschluss handelt es sich gemäss Begründung zu vorliegender Motion um ein «Versehen». Der Stadtrat hat am 14. April 2010 in eigener Kompetenz eine weitestgehend identische Verordnung erlassen (AS 177.300). Diese Regelung konnte damit erstmals für die Legislatur 2010–2014 Anwendung finden und gilt seither unverändert.

Gestützt auf diese Ausgangslage hat der Stadtrat mit einem Bericht vom 6. Juni 2012 beantragt, die vorliegende Motion als erledigt abzuschreiben. Der Gemeinderat hat am 21. No-

vember 2012 dagegen beschlossen, die Motion nicht abzuschreiben und den Stadtrat mit der Vorlage einer Verordnung in der Zuständigkeit des Gemeinderats zu beauftragen. Er setzte dafür eine Frist von drei Monaten, wobei für deren Berechnung vorliegend Art. 4 Abs. 3 GeschO GR (AS 171.100) zu berücksichtigen ist.

2. Verordnungstext

Der Verordnungstext gemäss Beilage beruht auf der Fassung der Redaktionskommission vom 5. Februar 2010, die der Gemeinderat «versehentlich» ablehnte (GR 2008/436) und berücksichtigt die Anliegen der vorliegenden Motion.

Die Erläuterungen zur Verordnung sind in der Weisung GR Nr. 2008/436 enthalten. Der Stadtrat hat in seinem Bericht vom 6. Juni 2012 eingehend begründet, weshalb er die Regelung in einem formellen Gesetz als nicht nötig erachtet und einzelne Punkte der Motion einer sachgerechten Regelung entgegenstehen. Darauf kann hier verwiesen werden. Einzig ein Punkt sei hier kurz nochmals hervorgehoben: Die Amtszeit gemäss aktueller Vorlage endet für städtische Behördenmitglieder und Angestellte zum Zeitpunkt, zu dem sie aus städtischen Diensten ausscheiden. Das Mandat kann aber «bis zum Abschluss eines befristeten Projekts, höchstens aber für zwei Jahre» verlängert werden (Art. 9 Abs. 2). Diese minimale Flexibilität ist zwingend erforderlich. Sonst könnte sich die Stadt gezwungen sehen, zum Schaden städtischer Interessen ein Mandat völlig zur Unzeit zu beenden oder eine Vakanz hinzunehmen.

Dem Gemeinderat wird beantragt:

- 1. Es wird eine Verordnung über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen (VVD) gemäss Beilage erlassen.**
- 2. Die Motion, GR Nr. 2010/153, der SP-, SVP- und Grüne-Fraktion betreffend Erlass eines Reglements über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen wird als erledigt abgeschlossen.**

Die Berichterstattung im Gemeinderat ist dem Vorsteher des Finanzdepartements übertragen.

Im Namen des Stadtrats

die Stadtpräsidentin

Corine Mauch

die Stadtschreiberin

Dr. Claudia Cucho-Curti

Beilage zum Antrag des Stadtrats vom 20. März 2013 an den Gemeinderat
(GR 2010/153).

Verordnung über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen (VVD)

vom ...

*Der Gemeinderat erlässt,
gestützt auf Art. 41 lit. I der Gemeindeordnung,
folgende Verordnung:*

1. Geltungsbereich und Begriffe

Art. 1 ¹ Diese Verordnung findet Anwendung auf Vertretungen der Stadt in Organen juristischer Personen des privaten und öffentlichen Rechts (Drittinstitutionen), unabhängig von deren Rechtsform. Geltungsbereich

² Als städtische Vertretungen gelten:

- a) Organmitglieder, die vom Stadtrat abgeordnet worden sind (abgeordnete Vertreterinnen und Vertreter, Abgeordnete);
- b) Organmitglieder, die auf Vorschlag des Stadtrats vom zuständigen Organ gewählt wurden (gewählte Vertreterinnen und Vertreter).

Art. 2 Diese Verordnung kommt zur Anwendung, soweit im übergeordneten Recht sowie in den Beschlüssen, Verträgen und Erlassen, die der Wahl zugrunde liegen, keine abweichenden Bestimmungen enthalten sind. Vorbehalt

Art. 3 ¹ Die vorgesetzte Stelle im Sinne dieser Verordnung ist Vorgesetzte Stelle

- a) für städtische Angestellte, ausgenommen Dienstchefinnen und Dienstchefs: die Dienstchefin oder der Dienstchef;
- b) für Mitglieder des Stadtrats: der Stadtrat; oder
- c) für übrige Delegierte: die Vorsteherin oder der Vorsteher des Departements, das dem Stadtrat die Vertreterin oder den Vertreter vorgeschlagen hat.

² Die Vorsteherin oder der Vorsteher des Antrag stellenden Departements kann für fachliche Fragen eine andere Stelle für zuständig erklären.

³ Die vorgesetzte Stelle gemäss Abs. 1 kann ihre Aufgaben und Kompetenzen delegieren.

2. Bestellung der Vertreterinnen und Vertreter

Art. 4 Als Vertreterin oder Vertreter abgeordnet oder vorgeschlagen werden können städtische Angestellte, Behördenmitglieder sowie für die betreffende Funktion besonders geeignete Dritte. Wählbarkeit

Auswahl

Art. 5 ¹ Für die Auswahl sind in erster Linie fachliche Kompetenz, Zuständigkeit für das betreffende Aufgabengebiet und zeitliche Verfügbarkeit massgebend.

² Unter den Vertreterinnen und Vertretern sollen beide Geschlechter angemessen vertreten sein.

³ Soweit die abzuordnende oder vorzuschlagende Person nicht im Dienst der Stadt steht, sollte sie Wohnsitz in der Stadt oder Region Zürich haben oder sonst in enger Beziehung zur Stadt stehen. Die Ortsbindung ist nicht zwingend erforderlich, wenn die fachliche Qualifikation im Vordergrund steht.

Interessenbindungen

Art. 6 ¹ Die abzuordnende oder vorzuschlagende Person informiert den Stadtrat vor der Wahl über ihre

- a) beruflichen Tätigkeiten;
- b) Tätigkeiten in anderen Organen, Führungs- und Aufsichtsgremien, Beiräten und ähnlichen Gremien;
- c) Beratungstätigkeit oder Tätigkeit als Expertin oder Experte;
- d) geschäftlichen Beziehungen mit der Drittinstitution, in der sie die Stadt vertreten soll oder mit dieser in geschäftlicher Beziehung stehenden Organisationen (Holdingsgesellschaften, Tochterfirmen, Partnergesellschaften u. ä.);
- e) finanzielle Beteiligungen an der Drittinstitution und Anwartschaften gegenüber dieser oder mit dieser in einer geschäftlichen Beziehung stehenden Organisationen (Holdingsgesellschaften, Tochterfirmen, Partnergesellschaften u. ä.); und
- f) Mitwirkung in Kommissionen, Tätigkeiten für Interessengruppen, politische Ämter.

² Diese Angaben sind nicht öffentlich. Sie stehen den Mitgliedern des Stadtrats und der Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderats zur Einsicht offen.

Zuständiges Organ

Art. 7 ¹ Der Stadtrat ist das Wahlorgan für sämtliche städtischen Abordnungen und bestimmt die Wahlvorschläge für städtische Vertretungen. Vorbehalten bleiben Wahlen, die gemäss besonderen Rechtsgrundlagen dem Gemeinderat zustehen.

² Der Stadtrat informiert den Gemeinderat über die von ihm bestimmten und vorgeschlagenen Vertretungen in geeigneter Form.

3. Beginn und Ende der Vertretung

Amtsdauer

Art. 8 ¹ Die Amtsdauer der Abgeordneten beträgt vier Jahre und beginnt am 1. September nach der Erneuerungswahl des Stadtrats, sofern die massgebenden Rechtsgrundlagen nichts anderes festlegen.

² Für jede neue Amtsdauer findet spätestens im August nach der Erneuerungswahl des Stadtrats eine Gesamterneuerungswahl der Abordnungen statt.

³ Das Mandat von Abgeordneten, die während der Amtsdauer gewählt werden, endet mit deren Ablauf.

⁴ Für gewählte Vertreterinnen und Vertreter gelten Abs. 1 bis 3 unter Vorbehalt der statuarischen Bestimmungen der Drittinstitution.

Art. 9 ¹ Die Abgeordneten können wieder gewählt werden.

Amtszeit

² Für städtische Angestellte und Behördenmitglieder endet die Abordnung mit ihrem Ausscheiden aus städtischen Diensten. Beim Vorliegen besonderer Umstände kann das Mandat ausnahmsweise für die erforderliche Zeit bis zum Abschluss eines befristeten Projekts, höchstens aber für zwei Jahre verlängert werden. Die Verlängerung ist durch den Stadtrat zu beschliessen.

³ Die Abgeordneten können ihre Tätigkeit längstens bis zum Ende jenes Jahres ausüben, in dem sie 70 Jahre alt werden. Ist eine Vertretung der älteren Generation erforderlich, kann von dieser Altersgrenze abgewichen werden.

⁴ Für gewählte Vertreterinnen und Vertreter gelten Abs. 1 bis 3 nur hinsichtlich des Beschlusses über den Wahlvorschlag.

Art. 10 Der Stadtrat kann Abgeordnete während der Amtsdauer abberufen.

Abberufung von Abgeordneten

4. Aufgaben und Stellung der Vertreterinnen und Vertreter

Art. 11 ¹ Die Vertreterin oder der Vertreter informiert die vorgesetzte Stelle regelmässig in geeigneter Form über alle wesentlichen Entwicklungen bei der Drittinstitution, insbesondere über die Entwicklung der Finanzlage, die Zusammensetzung der Organe und die Anteilseigner mit mehr als 5 % des Kapitals oder der Stimmen. Sie oder er sorgt dafür, dass die vorgesetzte Stelle sämtliche Berichte erhält, die die Drittinstitution über ihre Geschäftstätigkeit publiziert. Die Berichte stehen der Geschäftsprüfungskommission und der Rechnungsprüfungskommission des Gemeinderats zur Einsicht offen.

Berichterstattung

² Die Berichterstattungspflicht gilt für gewählte Vertreterinnen und Vertreter soweit, als sie nicht durch übergeordnetes Recht eingeschränkt wird.

Art. 12 ¹ Die oder der Abgeordnete führt sämtliche Akten, die sie oder er in Zusammenhang mit dem Mandat erhalten oder erstellt hat, ordnungsgemäss nach und hält sie jederzeit zur Einsichtnahme durch die vorgesetzte Stelle zur Verfügung.

Rechenschaft

² Bei Beendigung des Mandats übergibt sie oder er die Akten geordnet und gegen Übernahmebestätigung. Die Übergabe erfolgt nach Anweisung der vorgesetzten Stelle entweder an diese selbst oder an die Nachfolgerin oder den Nachfolger.

³ Abs. 1 und 2 finden auf gewählte Vertreterinnen und Vertreter soweit Anwendung, als es die Geheimhaltungspflichten gegenüber der Drittinstitution zulassen.

Art. 13 Ist die Vertreterin oder der Vertreter an der Ausübung der Funktion über längere Zeit verhindert, informiert sie oder er die vorgesetzte Stelle. Diese

Verhinderung

kann bei Abgeordneten nach Rücksprache mit der Drittinstitution eine Stellvertretung oder die Ablösung veranlassen.

Ausstand von
Abgeordneten

Art. 14 ¹ Abgeordnete, die eine Entscheidung zu treffen, dabei mitzuwirken oder sie vorzubereiten haben, treten in den Ausstand, wenn sie in der Sache persönlich befangen erscheinen.

² Dies gilt insbesondere, wenn sie

- a) in der Sache ein persönliches Interesse haben;
- b) mit einer Partei in gerader Linie oder in der Seitenlinie bis zum dritten Grad verwandt oder verschwägert oder durch Ehe, eingetragene Partnerschaft, Verlobung oder Kindesannahme verbunden sind; oder
- c) Vertreterin oder Vertreter einer Partei sind oder für eine Partei in der gleichen Sache tätig waren.

³ Im Zweifelsfall entscheidet die vorgesetzte Stelle über den Ausstand.

Interessenkonflikte

Art. 15 ¹ Die Vertreterin oder der Vertreter informiert die vorgesetzte Stelle umgehend und soweit als möglich im Voraus schriftlich über neu eintretende Interessenkonflikte sowie über neue Interessenbindungen gemäss Art. 6.

² Die vorgesetzte Stelle ergreift die Massnahmen, die zur Wahrung der städtischen Interessen nötig sind.

³ Sie kann insbesondere die Abgeordnete oder den Abgeordneten vorsorglich freistellen oder dem Stadtrat die Abberufung beantragen. Dies gilt namentlich dann, wenn die oder der Abgeordnete eine Interessenbindung (Art. 6) nicht beseitigt oder sich der Interessenkonflikt nicht auf andere Weise lösen lässt. Die oder der Abgeordnete ist vor dem Entscheid anzuhören.

Revers

Art. 16 Die Vertreterinnen und Vertreter unterzeichnen bei Antritt des Mandats einen Revers, mit dem sie bestätigen, von dieser Verordnung und von ihrer Verantwortung gemäss Merkblatt der Rechtskonsultantin oder des Rechtskonsultanten des Stadtrats Kenntnis genommen zu haben.

Personalakten

Art. 17 Dokumente, die mit der Vertretung in Zusammenhang stehen, sind bei städtischen Angestellten und Behördenmitgliedern den Personalakten beizufügen. Bei den übrigen Vertreterinnen und Vertretern führt die vorgesetzte Stelle oder das zuständige Departement das entsprechende Dossier.

Entschädigung von
Vertreterinnen und
Vertretern

Art. 18 ¹ Für ihre Tätigkeit werden die Vertreterinnen und Vertreter durch die Stadt separat entschädigt, soweit die Tätigkeit ausserhalb der Arbeitszeit verrichtet und von der Drittinstitution nicht entschädigt wird.

² Der Stadtrat legt diese Entschädigungen auf Antrag der Vorsteherin oder des Vorstehers des Finanzdepartements in einem besonderen Beschluss fest. Die Ansätze sind periodisch der Teuerung anzupassen.

Art. 19 ¹ Die Vertreterinnen und Vertreter sind verpflichtet, von der Drittinstitution ausgerichtete Entschädigungen und Erfolgsvergütungen jeder Form offen zu legen. Es wird eine jährliche Erhebung über diese Leistungen durchgeführt.

Ablieferung von
Entschädigungen

² Erfolgsvergütungen, namentlich Gewinnausschüttungen, Gewinnbeteiligungen, Tantiemen, Provisionen oder Boni, sind vollständig der Stadtkasse abzuliefern. Ebenfalls vollständig abzuliefern sind Entschädigungen einer Drittinstitution, soweit die Mandatstätigkeit innerhalb der bezahlten Arbeitszeit verrichtet wird.

³ Richtet die Drittinstitution Spesenersatz aus, so verbleibt dieser vollumfänglich der Vertreterin oder dem Vertreter. Werden die Spesen in den Leistungen der Drittinstitution nicht separat ausgeschieden, so gelten 15 Prozent dieser Leistungen als Spesen.

⁴ Die Vertreterinnen und Vertreter liefern die weiteren Entschädigungen der Drittinstitution jährlich nach folgenden Ansätzen an die Stadtkasse ab:

- a) bis zum Betrag von 15 000 Franken jährlich: keine Ablieferung;
- b) bis zum Betrag von 25 000 Franken jährlich: die Hälfte des 15 000 Franken übersteigenden Betrags; oder
- c) bei Beträgen über 25 000 Franken jährlich: der 20 000 Franken übersteigende Betrag. Wird eine Vertreterin oder ein Vertreter von mehreren Drittinstitutionen entschädigt, so gelten die Ansätze für die gesamthaften Entschädigungen.

⁵ Abs. 1 bis 4 gelten auch für Entschädigungen von jeglichen Aufgaben und Funktionen, die die Vertreterinnen und Vertreter für die Drittinstitution übernommen haben.

⁶ Der Stadtrat kann die Beträge gemäss Abs. 4 der Teuerung anpassen.

⁷ Für Vertreterinnen und Vertreter, die nicht im Dienst der Stadt stehen, kann der Stadtrat in Bezug auf Abs. 4 abweichende Regelungen treffen.

⁸ Die Vorsteherin oder der Vorsteher des Finanzdepartements kann für die einheitliche Anwendung und das Controlling ergänzende Ausführungsbestimmungen erlassen.

Art. 20 ¹ Die Stadt haftet für den Schaden, den ihre Abgeordneten verursachen gemäss Haftungsgesetz und den massgebenden Bestimmungen des Privatrechts. Wurde der Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht, kann sie auf die Abgeordnete oder den Abgeordneten Rückgriff nehmen.

Verantwortlichkeit

² Für gewählte Vertreterinnen und Vertreter kommen die Bestimmungen des Privatrechts zur Anwendung. Die Stadt hält sie schadlos, soweit sie den Schaden nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht haben.

³ Die vorstehenden Bestimmungen gelten auch für Vertreterinnen und Vertreter, die nicht in einem aktiven Dienstverhältnis stehen.

5. Schlussbestimmung

Art. 21 Der Stadtrat setzt diese Verordnung in Kraft.

Inkrafttreten